



Zwei Wege für die Schweiz

Im Streitgespräch zur Neutralitätsinitiative prallen zwei Konzepte aufeinander: FDP-Nationalrat Simon Michel möchte die flexible Praxis weiterführen. Walter Wobmann präsidiert das Initiativkomitee und will strikte Verfassungsregeln.

Christof Ramser

Sie ist omnipräsent: die weisse Taube mit dem Ölweig im Schnabel, als Wahrzeichen der Kampagne für die Neutralitätsinitiative. Dass das Friedenssymbol auf Plakaten landauf, landab zu sehen ist, geht auf Walter Wobmann zurück. Als Präsident des Abstimmungskomitees beharrte er auf der Taube. «Darauf bin ich stolz», sagt der ehemalige Solothurner SVP-Nationalrat.

Mit dem Minarett- und Burkaverbot sowie der Nicht-Erhöhung der Autobahnvignette hat Wobmann bisher alle Abstimmungen gewonnen, die er angeführt hatte. Nach seinem Rücktritt aus dem Bundesparlament 2023 kehrt er jetzt, persönlich angefragt von Christoph Blocher, noch einmal aufs nationale Politparkett zurück.

Vehementer Gegner der Initiative ist Simon Michel. Der Solothurner FDP-Nationalrat, Ypsomed-Chef und aktive Major in der Schweizer Armee hält Frieden per Verfassungsartikel für eine trügerische Vorstellung. Er setzt auf die Neutralität als flexibles Instrument der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik. Mit viel historischem Wissen duellieren sich die beiden auf Einladung der Solothurner Zeitung zur Neutralitätsinitiative.

«Kein Krieg, Ja zur Schweizer Neutralität»: Die Botschaft dürfte Ihnen auf dem Weg zu diesem Gespräch mehrfach begegnet sein. Simon Michel: Als Patriot mache ich mir Sorgen. Ich lehne jede Art von Abschottung ab und befürworte Offenheit und Zusammenarbeit. Die Art und Weise der Kommunikation von Pro Schweiz ist anti-schweizerisch.

Das müssen Sie erklären.

Michel: Ich stehe für den Erhalt der Neutralität ein, sie ist seit über 200 Jahren eines der prägendsten Prinzipien der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Nun will Walter Wobmann diese neu definieren und erstmals in der Verfassung Sanktionen sowie sicherheitspolitische Zusammenarbeiten verbieten. Das lehne ich vehement ab, weil es nicht dem Kern unserer Neutralität entspricht.

Gemäss Christoph Blocher ist die Schweiz seit Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland 2022 Kriegspartei. Sehen Sie das gleich? Walter Wobmann: Durch die Übernahme der Sanktionen hat die Schweiz Partei für eine Kriegsseite ergriffen. So kann sie nicht mehr neutral sein. Alles andere ist gegenüber der Bevölkerung Augenwischerei.

Nehmen Diktatoren Rücksicht darauf, wenn die Schweiz die strikte Neutralität in die Verfassung schreibt?

Wobmann: Wenn wir glaubhaft neutral bleiben, geben wir Putin sicher keinen Grund, die Schweiz als Erstes anzugreifen. Wären wir hingegen in die Nato involviert und ergreifen, wie nun geschehen, Sanktionen, wie dies Simon Michel will, gelten wir als Feind. Michel: Ich will nicht in die Nato, wie mir dies Walter Wobmann unterstellt. Aber als Mitglied des militärstrategischen Stabs der Schweizer Armee beurteile ich die Situation diametral anders. Dass Putin ein Nato-Land ohne weiteres angreifen würde, ist ein Hirnspinnst. Wir dagegen verfügen nicht über den Schutz im Bündnisfall. Deshalb ist es so wichtig, dass wir bei Part-

nerschaftsprogrammen wie dem ITPP vorwärtsmachen. Das ist eine vertragliche Zusammenarbeit, kein Beitritt. Zum Glück haben wir im Parlament dafür eine Mehrheit gefunden, gegen die Stimmen der SVP.

Die Schweiz ist mit der flexiblen Auslegung der Neutralität bisher gut gefahren. Warum wollen Sie dies ändern?

Wobmann: Es gibt keine flexible oder differenzierte Neutralität. Entweder sind wir neutral oder nicht. Deshalb wollen wir die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität in die Verfassung schreiben. Sie hat uns in den vergangenen 200 Jahren vor Krieg bewahrt.

Michel: Damit sind wir beim Haager Abkommen von 1907, dem Kern unseres Neutralitätsrechts. Ich frage Herrn Wobmann, wo in diesem Staatsvertrag geschrieben steht, dass Wirtschaftssanktionen verboten sind? Wobmann: Gegenfrage: Wo genau steht geschrieben, dass diese erlaubt sind? Fakt ist: Unsere Neutralität wurde seit dem Wiener Kongress von 1815 immer anerkannt und von anderen Ländern nie infrage gestellt. Sie wurde allerdings

innerhalb der Schweiz differenziert ausgelegt, zum Beispiel zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Michel: 1920, also noch vor dem Zweiten Weltkrieg, trat die Schweiz dem Völkerbund bei und verzichtete auf militärische Sanktionen. Gleichzeitig blieb die Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionen explizit erlaubt. Diese Unterscheidung ist wichtig und bildet die Basis unserer flexiblen Auslegung. Wobmann: Dazu möchte ich gerne etwas ergänzen.

Bitte.

Wobmann: 1935 überfiel Italien Abessinien. Wie der Völkerbund ergriff die Schweiz sofort Sanktionen gegen den Aggressor. Danach drohte Italien der Kriegspartei Schweiz mit einem Über-

fall und wollte die Grenzen an den Gotthard verschieben. 1938 liess die Schweiz die Sanktionen Gott sei Dank fallen und kehrte zurück zur umfassenden Neutralität. So, wie es unsere Initiative verlangt. Michel: Diese sogenannte integrale Neutralität zwischen 1938 und 1945 war eine wichtige Phase. Aufgrund des Krieges in Europa hat der Bundesrat entschieden, die Neutralität enger zu definieren. Genau um diese Flexibili-

tät geht es bei der Schweizer Neutralitätspolitik. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging unser Land dann zur offenen, solidarischen Neutralität über und begann mit dem Aufbau des internationalen Genf.

Dazu gehören auch die Vermittlerrolle und die guten Dienste.

Wobmann: Richtig, die Schweiz half im Rahmen der aktiven Neutralität bei Friedensübungen wie im Korea-Krieg mit. Das Angebot von Friedensdiensten und humanitärer Hilfe ist die Stärke unseres Landes. Das geht aber nur, wenn wir für alle glaubhaft neutral sind. Das ist heute nicht mehr der Fall.

Simon Michel, befürchten Sie als Wirtschaftsvertreter nicht, dass die Glaubwürdigkeit und das Ansehen der Schweiz in der Welt leiden, wenn das Land Sanktionen ergreift?

Michel: 2002 ist die Schweiz der UNO beigetreten. Damals hatte das Volk entschieden, die dauernde Neutralität zu bewahren und dass diese weiterhin flexibel ausgelegt werden kann. Wirtschaftliche Sanktionen bleiben explizit erlaubt. Inzwischen wurden 30 Sanktionspakete übernommen und verhängt. Seither gab es zahlreiche Friedensgespräche in Genf sowie die Konferenz auf dem Bürgenstock. Unsere Glaubwürdigkeit ist intakt. Ich bin auch überzeugt, dass wir im Iran-Konflikt als neutralster Akteur am Tisch unsere Vermittlerrolle weiterhin spielen können. Wobmann: Wer bestimmt denn, welche Sanktionen gegen welches Land ausgesprochen werden? Unsere Initiative lässt die Übernahme von UNO-Sanktionen explizit zu.



Die Abstimmungsplakate der Befürworter sind omnipräsent.



Politisch engagiert und mit historischem Bewusstsein: FDP-Nationalrat Simon Michel (l.) und der frühere SVP-Nationalrat Walter Wobmann diskutieren auf der Redaktion der Solothurner Zeitung über die Neutralitätsinitiative. Bild: Oliver Menge

durch kriegerische Auseinandersetzungen, etwa, weil die medizinische Versorgung wie in Syrien zusammengebrochen ist.

Michel: Dass dem Volk Medikamente vorenthalten werden, ist mir nicht bekannt. Fakt ist, von wirtschaftlichen Sanktionen, die die Schweiz mitträgt, sind medizinische Produkte explizit befreit. Das weiss ich, weil ich noch heute mit Ypsomed in den Iran liefern darf. Wahr ist ebenfalls, dass 2600 Verbrecher und Organisationen, die den Krieg in Russland unterstützen, sanktioniert wurden.

Wobmann: Nun frage ich Sie als erfolgreichen Wirtschaftsführer: Wären Sie bereit, mit den USA oder China keine Geschäfte mehr zu betreiben, falls Sanktionen gegen diese Länder ergriffen würden? Bekanntlich verlangt dies nun ein Teil der Gegner wegen des US-Angriffs auf den Iran. Wir würden uns damit doch ins eigene Knie schiessen. *Michel:* Wir haben Wirtschaftssanktionen gegen die Hamas übernommen und gegen all die Staaten verhängt, weil dort kriminelle Banden die demokratische Ordnung unterwanderten oder in grossem Masse Menschenrechte verletzen. Das gilt so für die USA oder China nicht.

Warum ist es so wichtig, dass die Schweiz Stellung bezieht oder Partei ergreift, wenn Völkerrecht verletzt wird?

Michel: Weil wir sonst wirtschaftlich isoliert werden. Hätten wir die Wirtschaftssanktionen gegen Russland nicht übernommen, hätten wir als einziges westliches Land russische Gelder noch entgegengenommen. Die USA hätten unser Bankensystem abgestellt. *Wobmann:* Es ist nicht korrekt, dass alle Staaten die Sanktionen mitgetragen haben. Sogar der Nato-Staat Türkei tat dies nicht. Dafür kommen sie nun für Friedensverhandlungen infrage.

Können Sie nachvollziehen, dass sich die Wirtschaft davor fürchtet, dass die Verlässlichkeit der Schweiz Schaden nimmt, wenn breit abgestützte Sanktionen nicht mitgetragen werden?

Wobmann: Nein, denn wenn wir auf Sanktionen gegen einzelne Staaten verzichten, sind wir offener für wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen. Am Ende sanktionieren wir die Hälfte der Welt. Wo bleibt dann die Weltoffenheit?

Michel: Wir sanktionieren nicht die Hälfte der Welt, ich habe die Länder vorhin aufgezählt. Es sind Staaten, mit denen wir erstens praktisch keine wirtschaftliche Zusammenarbeit pflegen und in denen zweitens Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen wurden.

Sie beide waren oder sind Nationalräte eines Kantons, der historisch ein spezielles Verhältnis zur Neutralität hat. Wissen Sie, welche Statue auf der Chantierwiese in Solothurn steht?

Beide: Nein.

Niklaus von Flüe, der 1481 dafür gesorgt haben soll, dass Solothurn ins eidgenössische Bündnissystem aufgenommen wurde. Mit den Zitaten «machtet den Zuun nit zu wiit» oder «mischet euch nicht in fremde Händel» gilt er als eine Art Stammvater der Neutralität. Auch für Sie?

Wobmann: Ja, denn das ist genau,

Rigide oder flexible Neutralität?

Am 27. September entscheidet die Stimmbevölkerung über die Neutralitätsinitiative. Damit wollen die SVP und Pro Schweiz die «immerwährende und bewaffnete» Neutralität in der Verfassung festschreiben. Die Schweiz dürfte so weder einem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten noch Sanktionen gegen Krieg führende Staaten ergreifen, ausser sie stammen von der UNO. Bundesrat und Parlament lehnen diese strikte Form ab und setzen stattdessen auf die Weiterführung der heutigen Praxis, die sich bewährt habe. (cra)

was wir wollen: dass sich die Schweiz aus fremden Konflikten heraushält. Das hat uns vor Kriegen bewahrt.

Michel: Das ist der grosse Gedankenfehler der SVP: Die moderne Schweiz begann nicht am Morgarten, sondern 1515 in Marignano. Dort bekam die Eidgenossenschaft aufs Dach, seither ging die Schweiz über die Jahrhunderte Verträge ein, bis hin zu den Bilateralen. So fanden wir auf unseren vertragsbasierten Erfolgsweg, und nicht nach einem Scharmützel in der Innerschweiz im Mittelalter.

Wobmann: Genau deshalb wollen wir in der Verfassung Leitplanken festhalten, damit der Bundesrat die Neutralität nicht nach Gutdünken auslegen kann.

Michel: Damit nehmt ihr uns in Zeiten, in denen wir die Zügel anziehen wollen, die Flexibilität.

Laut Umfragen im August lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung die Initiative ab. Simon Michel, wie siegesicher sind Sie?

Michel: Gegenüber Erhebungen zu diesem Zeitpunkt bin ich eher skeptisch. Ich habe grossen Respekt vor dem Abstimmungssonntag. Was «Herrliberg» in die Kampagne investiert, ist unglaublich...

Wobmann: ...und so etwas sagt ein Milliardär. Wie war das noch mal bei der Gegenkampagne zur 10-Millionen-Schweiz im Juni, an der Sie beteiligt waren und bei der gegen 14 Millionen Franken investiert wurden?

Michel: Ich bin Mitglied des Vorstandsausschusses von Economiesuisse und weiss, welche Beiträge wir sprechen können. Es waren rund 5 Millionen Franken. Die Beiträge der Initianten sind mindestens auf diesem Niveau. Aber ich anerkenne, dass das Kampagnenteam einen guten Job macht. Gerade mit Blick auf eine Welt, die immer unsicherer wird, ist es wichtig, dass wir den Diskurs über die Neutralität führen.

Walter Wobmann, laut Umfragen dürfte Ihr Erfolgsausweis bei Abstimmungen Kratzer bekommen. Wie wollen Sie noch mobilisieren?

Wobmann: Umfragen zählen für mich nicht, was zählt, ist das Resultat am Abend des Abstimmungssonntags. Bei der Minarett-Initiative hatten wir in Umfragen einen Zuspruch von 37 Prozent, am Schluss waren wir bei 57,5 Prozent. Ich will die beiden Vorlagen nicht vergleichen, bin aber zuversichtlich, dass wir viele Menschen noch überzeugen können.

Dazu braucht es einen gehörigen Schlusspurt.

Wobmann: Beim Debattenstart im Frühling wussten viele nicht, worum es eigentlich geht. Seit Wochen bin ich dauernd unterwegs und stelle fest, dass das Wissen zunimmt. Abgesehen davon, wie es am 27. September herauskommt, hat unsere Initiative bewirkt, dass wir im ganzen Land gründlich über die Neutralität diskutierten. Es geht um Sicherheit, Frieden und Freiheit für unser Land.

Gastkolumne

Warum es jetzt mehr Tarifpartnerschaft braucht

Zum dritten Mal liegt nun der immer gleiche, umfangreiche Fragebogen derselben Krankenkasse auf meinem Schreibtisch und zum dritten Mal fragt die Krankenkasse nach der Indikation der Diabetesmedikation der 84-Jährigen, die seit 25 Jahren eine Insulintherapie erhält und ohne Zusatzmedikamente die gewünschte Blutzuckereinstellung nicht erreicht. Auch die Abklärung im Stoffwechselzentrum ergab nach diversen gescheiterten Versuchen einer Neueinstellung, dass bei dieser Patientin nur die Kombination aus Insulin und Sulfonylharnstoffen funktioniert.

Wenn ich nicht über Monate hinweg Mahnungen zu diesem nicht ausgefüllten Formular erhalten will, und wenn ich nicht riskieren will, dass die Patientin am Schluss ihre Medikamente von der Krankenkasse nicht mehr vergütet bekommt, dann muss ich mich fügen und zum dritten Mal erklären, dass dieser langjährige Diabetes leider immer noch besteht und eine adäquate Therapie benötigt, um teure Komplikationen zu vermeiden.

Diese Anfrage der Krankenkasse ist eine von vielen, unnötigen Zeitaufwendungen, mit denen wir Hausärztinnen uns im Alltag konfrontiert sehen. Sie zeigt aber auch, dass den Krankenkassen durch die eingesandten Patientenrechnungen durchaus klare Kostendaten vorliegen, die unsere Arbeit widerspiegeln. So führen die Krankenversicherer zudem Wirtschaftlichkeitsverfahren durch, wenn ihre Analysen das Abrechnungsverhalten als auffällig einstufen.

Neben «schwarzen Schafen» können diese Verfahren auch aufzeigen, wenn eine Gruppenpraxis es versäumt, über die jeweiligen Leistungserbringer abzurechnen. Nutzen zum Beispiel drei Ärzte nur eine Gruppenabrechnungsstelle, kumuliert das entsprechend Tagesarbeitszeiten, die über die 24 Stunden eines Tages hinausgehen. Zielgerichtete Analysen der Krankenkassen sind sicherlich sinnvoll und können administrative Versäumnisse aufdecken.

Das Misstrauen gegenüber der Ärzteschaft ist aber gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Schlagzeilen um die Einführung des neuen ambulanten Ärztetarifs Tardoc enorm gewachsen. Tardoc ist so aufgebaut, dass eine datengestützte und möglichst einfache Weiterentwicklung und Gestaltung der Einzelleistungsstruktur in der tarifpartnerschaftlichen Organisation OAAT (Organisation Ambulante Arzttarife) zusammen mit Leistungserbringern und Versicherern erfolgt.

Klar ist aber: Ein Tarif wird nie perfekt sein, schon gar nicht

bei dessen Einführung. Dessen war sich auch der Bundesrat bei der Genehmigung zur Einführung bewusst. So wurde flankierend eine Kostenneutralitätsphase vereinbart und der Bundesrat deckelte den Anstieg der Gesamtkosten in seinem Genehmigungsentcheid auf 4 Prozent. In der Medienmitteilung vom 30. April 2025 appelliert der Bundesrat an alle Akteure des Gesundheitswesens, diesen Tarifwechsel mit Geduld zu begleiten: «Das neue Gesamtarifsystem ist dynamisch und soll sich stetig weiterentwickeln.»

Die Geduld scheint in den Räten in Bundesbern aber ein rares Gut zu sein: Im verabschiedeten Kostendämpfungspaket 2 wird festgeschrieben, dass die Tarife die Effizienzgewinne aufgrund des medizinischen und technischen Fortschritts berücksichtigen müssen. Dies ist bereits Inhalt und Sinn der Tarifpflege in der OAAT. Zusätzlich hat das Parlament den Bundesrat nun aber beauftragt, die nationale ambulante Tarifstruktur so zu ändern, dass auch eine Höchstgrenze für das pro Arbeitstag verrechenbare Taxpunktolumen festgelegt wird, was vernünftig klingt, aber die Komplexität der Neugestaltung noch zusätzlich erhöht.

Laut dem aktuell vorliegenden Monitoringbericht der Krankenversicherungsdaten kann aufgrund der Abrechnungsverzögerung, die der technischen Umsetzung des neuen Tarifs geschuldet ist, derzeit noch nicht einmal eine fundierte Aussage zur Kostenentwicklung im Jahr 2026 getroffen werden. Spannend bleibt, wie die Krankenkassen per Ende September auf dieser unsicheren Datenglage die Prämienanpassungen für 2027 kommunizieren werden.

In einem zunehmend eng regulierten Umfeld mit noch fehlenden Kostendaten ist es wichtig, die gemeinsame Tarifpartnerschaft weiterzuentwickeln. Die Ärzteschaft hat den Tarif im Austausch mit den jeweiligen Fachgesellschaften bis zur Genehmigung durch den Bundesrat gebracht. Ohne die Expertise derjenigen, die den Tarif tagtäglich anwenden, und ohne die vom Bundesrat empfohlene Geduld werden wir bei starren politischen Regulierungen landen, die unserem Alltag, sicher nicht weniger Bürokratie beschern werden.



Cornelia Meier ist Präsidentin der Gesellschaft Ärztinnen und Ärzte Kanton Solothurn.



Für die Gegner ist es nicht eine Neutralitäts-, sondern eine «Pro-Putin-Initiative».